

03. Dezember 2018

Meret Schneider
Brunnenstrasse 1
8610 Uster



Wortmeldung der Grünen

An den Präsidenten des Gemeinderates
Herr Matthias Bickel
8610 Uster



Traktandum 4: Weisung 3/2018 des Stadtrates: Leistungsaufträge 2019-2022 und Globalbudgets 2019, Eintretensreferat Grüne

Sehr geehrter Herr Präsident, Geschätzte Anwesende

Das Budget 2019 weist ein Aufwandüberschuss von 1,8 Millionen Franken auf. Das Defizit fällt nur deshalb nicht höher aus, weil der Stadtrat auf weiterhin sprudelnde Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer setzt und Abstriche beim Werterhalt der städtischen Infrastruktur macht. Eine nachhaltige Finanzpolitik sieht anders aus.

Usters Schuldenberg wächst rasant weiter: Noch 2013 hatte Uster 20 Millionen Franken langfristige Schulden, sechs Jahre später sind daraus 135 Millionen Franken geworden und die Spitze ist noch nicht erreicht. Als Folge wird die Stadt Uster Ende 2018 eine Nettoschuld von 4.6 Millionen Franken aufweisen. Es erinnert an ein Bubenrick, dass sich gleichzeitig das Eigenkapital dank der neuen Rechnungslegung fast verdoppelt.

Trotz Defizit und des weiter anwachsenden Schuldenbergs gibt es bezüglich Steuerfuss nichts Neues, und das im wortwörtlichen Sinn: „Selbstverständlich wird der Stadtrat die Thematik einer allfälligen Erhöhung des Steuerfusses auch im nächsten Budgetprozess sorgfältig prüfen. Bei einem anhaltenden Kostenwachstum analog dem vorliegenden Voranschlag muss mittelfristig von einer Erhöhung des Steuerfusses ausgegangen werden“, kündigt der Stadtrat im Budget 2019 an – genau wie im Budget 2018. Dies erstaunt. Denn einerseits hat der Stadtrat entgegen seiner Ankündigung nichts geändert, obschon er weiterhin vom „anhaltenden Kostenwachstum“ schreibt.

Was uns Grünen ganz besonders besorgt stimmt, ist die Tatsache, dass auch mit neuer Besetzung des Stadtrates der Werterhalt der Infrastruktur nicht mehr priorisiert wird als zuvor und im Bereich Biodiversität keine griffigen Massnahmen ergriffen werden – im Gegenteil. Es gibt einen starken Rückgang jener Leitarten zu verzeichnen, die Indikatoren für wichtige ökologisch wertvolle Flächen und Biotope sind, was darauf hindeutet, dass auch diese wichtigen Lebensräume für Vögel und Insekten stark abgenommen haben. Statt diesem Rückgang der Biodiversität mit einem Aktionsplan oder ähnlichem zu begegnen, werden die Leitarten, die jeweils erhoben wurden, einfach aus dem Budget gestrichen, was einer regelrechten Kapitulation gleichkommt.

Entsprechend sind wir Grünen diesem Rückgang mit einer Motion begegnet, die sich hoffentlich im nächsten Budget mit wirkungsvollen Massnahmen und einer Evaluation deren Effektivität niederschlagen wird. Investitionen in den Erhalt der Biodiversität kosten kurzfristig, zahlen sich langfristig jedoch mehrfach aus, insbesondere als die Kosten des fortschreitenden Rückgangs stets externalisiert und geradezu ignoriert werden.

Der Stadtrat verhält sich hierbei ein bisschen wie ein Kind, das denkt, wenn es die Augen schliesst, sehe man es nicht mehr. Doch auch der Stadtrat wird merken, dass ein Problem nicht weg ist, nur weil es nicht angegangen wird – spätestens dann, wenn die fleissigen Männer, die im Winter

tagelang die Weihnachtsbeleuchtung an Bäume hängen, im Frühling mit der Bestäubung der Obstbäume beschäftigt werden können. Wir müssen ja Jobs schaffen.

Da in Uster auch die Bautätigkeit zunehmen wird und wir Grünen dabei den Fokus auf erneuerbare Energiegewinnung und ökologische Bauweise legen möchten, wird es kaum erstaunen, dass wir heute den Antrag auf Steuerfusserhöhung um 2% stellen werden. Auch hier gilt: was kurzfristig kostet, wird langfristig amortisiert, dies ist eingehend belegt. Uster soll für die Zukunft bauen, mit den Technologien der Zukunft und mit Blick auf einen schonenden Umgang mit unseren Ressourcen. Wir dürfen nicht länger im Vierjahresdenken verharren. Nachhaltigkeit erfordert Investitionen und wir Grünen wünschen uns, dass Uster seine Chance und sein Potenzial hier erkennt und ausschöpft. Wir wünschen uns, dass wir als Parlament nicht länger die Augen verschliessen vor dem Klimawandel, sondern uns unserer Verantwortung bewusst sind. Wir bitten Sie daher um Unterstützung unseres Antrags, der später noch begründet wird.

Meret Schneider
Gemeinderätin Grüne